

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatz: Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Döblin).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 69.

Berlin, Mittwoch, 30. August 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Unverantwortliche Vorkorgane. — Die britischen Gewerksvereine der Gegenwart. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Unverantwortliche Vorkorgane.

Der Vorliegende des Deutschen Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, veröffentlicht in den „Sozialistischen Monatsheften“ einen Aufsatz über die Lehren des Berliner Buchdruckerstreiks, der deutlich erkennen läßt, wie lästig der Buchdruckerverband die Vormundhaft der sozialdemokratischen Presse empfindet. In dem Aufsatz handelt es sich um einen Rückblick auf den Streik der Rotationsmaschinenmeister im „Berliner Lokalanzeiger“. Bei der Vertiefung einer Zeitung kommt es auf die Minute an. Die pünktliche Fertigstellung der Zeitung zu sichern, hatte bei den Druckern dieser Abteilung „ein derartiges Machtbewußtsein hervorgerufen, daß sie, trotzend auf ihre augenblickliche Unerfahrenheit, wiederholt durch Androhung der Arbeitsverweigerung oder durch Einstellung ihrer Tätigkeit Zugeständnisse erzwangen.“ Eine solche Lahmlegung des Betriebes war wiederum kurz vor der im Mai dieses Jahres abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erfolgt, so daß diese sich veranlaßt sah, namentlich in Rücksicht auf die wiederholten Vorkommnisse solcher Art eine scharfe Resolution anzunehmen, in der sie ihre ernsteste Mißbilligung ausdrückte und unter „allen Umständen von den Mitgliedern des Verbandes die vollste Anerkennung der tariflichen Institutionen und Unterwerfung unter die Rechtsprechung derselben“ verlangte.

Der Konflikt der Rotationsdrucker mit der Firma war dadurch entstanden, daß das Personal sich über die von ihm mit dem Geschäft vereinbarte Arbeitszeit beschwerte, das Tarifamt dieser Beschwerde Folge gab und — da das Personal sich über eine andere Arbeitszeit mit der Firma nicht verständigen konnte und wollte — eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit festsetzte. Dann aber verlangte das Personal plötzlich wieder die alte Arbeitszeit, über die es erst Klage geführt hatte. Dieses Verlangen wurde mit der Drohung gestellt, daß im Fall der Ablehnung der Forderung die Arbeit verweigert werde. Der Konflikt brach aus; die Zeitung wandte sich an das Tarifamt. Dieses erklärte die Maschinenmeister des Tarifbruchs schuldig und verfügte die Entlassung der beiden Vertrauensleute, die den Konflikt und Tarifbruch nicht verhindert hatten, worauf die Rotationsdrucker in den Zustand traten und die Scherischen Blätter nicht erscheinen konnten. Die übrigen großen Berliner Zeitungsverleger aber erklärten sich mit der Firma Scherl solidarisch und ließen ihre Blätter ebenfalls nicht erscheinen.

Ein Teil der sozialdemokratischen Presse und auch ein Gewerkschaftsorgan „feierte den erneuten Vertragsbruch des Personals als einen schönen Akt der Solidarität“. Gegen diese „unverantwortliche Presse“ wendete sich Döblin in seinem Aufsatz und erklärt, daß es ein größeres Verfehlen des Solidaritätsgedankens kaum geben könne. Im Buchdruckerstreik genossen die Vertrauensmänner besonderen Schutz, soweit sie sich in berechtigter Ausübung ihrer Tätigkeit befanden. Das schloß aber auch in sich, daß sie in erster Linie die Pflicht haben, den Boden des Tarifs nicht zu verlassen und die Entscheidungen der Tarifinstanzen unbedingt zu respektieren. „Hier aber handelten die Vertrauensmänner bewußt gegen die Entscheidung der Tarifinstanzen“. Eine Gewerkschaftskonferenz der Buchdrucker billigte die

Entscheidung des Tarifamtes als „völlig verständlich“ und billigte auch die Maßnahmen des Vorstandes und die Haltung des „Korrespondenten“.

Die Rotationsdrucker haben, so fährt Döblin dann fort, dem Tarifgemeinschaftsgedanken und den Interessen der Organisation einen schweren Schlag versetzt, weil sie die notwendige Disziplin verweigerten und dadurch die Vertrauensfähigkeit des Verbandes diskreditierten. Der Verband siehe deshalb der in wenigen Wochen stattfindenden Revision des Tarifs gegenüber in einer bedeutend schwierigeren Lage, die verschärft werde durch die durch einen Teil der sozialdemokratischen Presse in den Verband hineingetragenen Zwistigkeiten und die dadurch hervorgerufene Animosität gegen die Verbands- und Tarifamtsfunktionäre, die an einzelnen größeren Druckorten in gebührender Weise angegriffen wurden.

Das Organ der Prinzipale, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, zieht schon die Konsequenzen aus diesem Vorgehen der Gehilfen. Das Prinzipalsblatt verlangt, daß, bevor ein neuer Tarif abgeschlossen werde, sich ein klarer Leberblick über die Stellungnahme der übrigen deutschen Gehilfenidenschaft zu dem Geiste erkennen lasse, welcher die Berliner Weisliche gezeitigt habe. Das Wesentliche in den Berliner Beschlüssen liege nicht in dem Verlangen einer Revision des tarifantlichen Urteils, sondern in dem offenen Widerwillen gegen die Tätigkeit derjenigen Organe, welche die Durchführung der Tarifgehe angestrebt hätten. Hierin kennzeichne sich die spezifisch Berliner Beurteilung der Tarifgemeinschaft, von der man fürchten müsse, daß sie sich außerhalb der selbstgeschaffenen Gehege stelle, wenn es ihre Interessen erfordere.

Döblin gibt zu, daß der Wert und die Bedeutung eines Tarifvertrages, wie er im Buchdruckerhandwerk besteht, in den eigenen Reihen noch eine sehr mangelhafte Beurteilung finde und daß die befandeten Sympathien für die kontraktbrüchigen Rotationsdrucker, wie die Stellungnahme des Prinzipalsorgans zeige, nur die Chancen für die Gesamtheit der Gehilfen bei der Tarifberatung verschlechterten. Die Lage Döblins dürfte berechtigt sein. Wenn es aber bei der Masse an einem tieferen Eindringen in das Wesen des Tarifvertrages und die Erkenntnis fehlt, daß, je vollkommener der Vertrag ausgebaut ist, desto gewissenhafter seine Einhaltung erfolgen muß, so liegt das eben daran, daß die großstädtische Arbeiterbevölkerung zu einem großen Teil ihre Belehrung aus der sozialdemokratischen Presse zieht, die in Vertretung ihres Klassenkampfes unmöglich den nützlichen Dingen der praktischen Arbeiterbewegung Rechnung tragen kann. Döblin hat selber früher einmal zum Ausdruck gebracht, daß er diese tiefere Ursache kennt. Denn er wies darauf hin, daß in der Arbeiterbewegung nicht gleichzeitig das Kampfbrot des Klassenkampfes getrennt und eine vernünftige Stellung zum Tarifvertrage eingenommen werden könne. Klassenkampf und Tarifvertrag sind allerdings wie Feuer und Wasser, die sich nicht vermengen lassen.

Auch im vorliegenden Aufsatz flagt Döblin, daß es sozialdemokratische Parteiorgane gebe, die nichts lernen. Diese Organe ließen keine Gelegenheit vorbeigehen, wo im Verband der Deutschen Buchdrucker sich Schwierigkeiten einstellen, sie zu vernehmen. Der Teil der Verbandsmitglieder, der bemüht sei, die Veranlassungen zum Tumult zu erörtern, erregte Leidenschaften zu machen und Mißtrauen gegen die leitenden Personen hervorzurufen, dürfte stets auf die verständnisvolle Unterstützung die-

ses Teils der Presse rechnen. Selbst bei den Buchdruckerverband so weit aus, daß in den meisten Fällen ihr gutes Herz über die geringen Erfolge der Revisionen in Tränen zerfließe. In den Betrieben dieser Organe sei jedoch die Auffassung über die Bewertung des Resultats der Tarifbewegung gewöhnlich eine andere. Dieser Presse gelte die ganze Richtung nicht. Es fehle ihr das Verständnis für die Notwendigkeit und die Bedeutung der Tarifverträge und deren Entwicklung.

Hier scheint uns Döblin zu irren. In dem nötigen Verständnis fehlt es der sozialdemokratischen Presse für die Tariffragen keineswegs, in dessen mit einer vernünftigen Gewerkschaftsarbeit nicht man wohl den Arbeitern, aber nicht der sozialdemokratischen Partei. Aber allein darauf kommt es dieser Presse an, die den Parteierfolg über alles stellt. Eine ruhige, zielbewusste Organisationsarbeit lenkt ab von dem Voralensgelingen politischer Utopisterei, während die Aufblähung der Leidenschaften mit radikalem Tamtam das Lebenselement des sozialdemokratischen Parteierfolges ist. Für den echten Sozialdemokraten kommt erst die Partei, dann nochmals die Partei, dann erst ein langer Bretterzaun, und dann kommen die Interessen der Arbeiter — noch lange nicht! Döblin weist daher ganz mit Recht darauf hin, daß bei Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder nicht mit radikalen Reden gearbeitet werden könne, sondern da sie geboten ein sehr nichternes Abwägen der realen Verhältnisse und Anpassen an die gewerbliche Lage. Das ist aber nach der Auffassung jener Parteibürokraten ein Verhalten, das bekämpft werden muß, und zwar mit Mitteln, die wenig geeignet sind, die Einigkeit in der Arbeiterkraft zu fördern. Die Gewerkschaftspresse hat es oft genug beobachtet können, wie die Kreise der Arbeiterorganisation und deren Aufgaben rücksichtslos gestört werden durch das Agitationsbedürfnis der sozialdemokratischen Presse.

Die vernünftig geleitete Gewerkschaftspresse sieht sich daher genötigt, den Organisationschädigern aus Parteifreien mehr und mehr energischer entgegenzutreten. So weist die „Buchhinderzeitung“ darauf hin, daß es einem übel werden könne, wenn man die Ergüsse der sozialdemokratischen Presse gegen den Buchdruckerverband lese. Befanntlich habe der Internationale Gewerkschaftsverband empfohlen, die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Wenn die Auslassungen gewisser Parteiorgane als die höchste Manifestation des sozialistischen Geistes eingestuft würden, dann möchte man ausrufen: Bewahre uns der Himmel vor einem solchen sozialistischen Geiste!

Döblin wünscht zum Schluß, daß jene Vorkorgane endlich zu der Einsicht kämen, daß auf solchen Wege Arbeiterinteressen nicht gefördert werden. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung habe ein Interesse daran, die Tarifvertragsbewegung durch die erwähnten politischen Blätter nicht erstickern zu lassen. In der Schwerindustrie, im Bergwerksbetriebe wolle das Unternehmertum von Tarifverträgen nichts wissen und die Tatsache, daß in Arbeiterfreien oder in der Presse der Vertragsbruch als anerkannterworte Solidarität belobt werde, könne kaum dazu angetan sein, die Tarifvertragsgegner im Unternehmerlager für Tarifverträge zu gewinnen. Die Gewerkschaftsbewegung müsse daher dringend fordern, daß unverantwortliche Vorkorgane das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaft respektieren und

Ihr die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht erschweren.

Das Verlangen ist berechtigt, nur wird es unerfüllt bleiben! Solange die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung sich selber unfrei macht durch die Bindung an die sozialdemokratische Partei, wird die Presse dieser Partei das tun, was ihr im parteiagitorischen Interesse nützlich erscheint. Ob dabei die Arbeiterorganisationen und ihre Mitglieder Schaden leiden, ist ihr gleichgültig und muß ihr gleichgültig sein, solange sie eben eine sozialdemokratische Partei ist. Als solche muß sie den Klassenkampf vertreten. Wollte sie gleichzeitig der Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern mit sachlichen Gründen das Wort reden und in jedem Falle das Recht vertreten, gleichviel auf welcher Seite es liegt, dann würde es ihr kaum gelingen, dieses Doppelgeciht verbergen zu können. Das unverantwortliche Treiben würde erkannt werden. Der organisierte Arbeiter, der es erkennt, wird sich die Einmischung der sozialdemokratischen Presse in keine Angelegenheiten ernstlich verbitten. Das hat auch Döblin mit seinem Aufsatz tun wollen. K. G.

Die britischen Gewerksvereine der Gegenwart.

Ein Interview.

Mr. Appleton, der Sekretär des Verbandes britischer Gewerksvereine, war so freundlich, mir auf Anfrage ein Interview über das jetzige Wesen der britischen Gewerksvereine zu gewähren.

Das geräumige Bureau des englischen Verbandes der Gewerksvereine liegt im Mittelpunkt der Stadt London, abseits der verkehrsreichen Straße „Strand“. Aus den Fenstern blickt man hinaus auf die schönen Gärten und Baumanlagen des Embankment. Die mächtige Themse rollt ihre Fluten zum Meer, und das Meer wälzt in der Flutzeit seine Wogen die Themse hinan. Im Hintergrunde weißlich stehen majestätisch die Türme des Parlaments und der Westminsterabtei. Es gibt in der Großstadt London sicher nicht allzuvielle Bureaus, die so nahe dem Herzen des Weltverkehrs sind und doch einen prohartigen Ausblick gestatten.

Von hier aus leitet Mr. W. A. Appleton den Gewerksvereinsverband, und man darf sagen, daß von hier aus systematisch und ohne Unterbrechung an der Reform und Modernisierung der britischen Gewerksvereine gearbeitet wird. Appleton ist vielleicht der Typus des modernen britischen Gewerksvereinsbeamten. Kein Mann, der im Kleinfram verfeinert ist! Er überhört nicht bloß Arbeiterfragen, sondern ist zu Hause in allen Fragen, die das englische Volk bewegen. Er empfindet die Arbeiterbewegung als im Strome der Gesellschaft stehend. Das kurzfristige Nurgewerksvereinswesen, von dem auch England nicht frei ist, hat bei Appleton keinen Platz. Er ist Sozialist im guten Sinne des Wortes, kein Doktrinär und Zukunftsstaatter. Aber er glaubt an die Politik der kleinen Schritte, die zur Reform der Gesellschaft führen, weil in ihm das große Ideal einer neuen, langsam, aber sicher anbrechenden Zeit lebendig ist.

Was ist der Unterschied des modernen englischen Gewerksvereinswesens von dem der früheren Zeit?

Der wirkliche Unterschied ist gering. Das, was einige Leute den Neo-Tradeunionismus (das moderne Gewerksvereinswesen) nennen, ist nichts anderes als eine Rückkehr zu dem alten Kampfesgeist, der die ursprünglichen Gründer der Gewerksvereine belebt hat. Gewerksvereine sind Kampfesorganisationen. Sie sollen allerdings nicht kämpfen um des Kampfes willen. Die alten Gewerksvereine mahen der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung eine übertriebene Bedeutung bei und verloren dadurch den Kampfesgeist. In der Neuzeit messen wir also dem Unterstützungswesen eine geringere Wichtigkeit bei, um so weniger, weil ein Teil desselben vom Staat übernommen wird.

Viele britische Arbeiter haben mir kein Sehl gemacht aus ihrem Mißvergnügen am Gewerksvereinswesen. Wenn immer wieder nur der Friede als Zweck gepredigt würde, verliere der Gewerksverein seine Bedeutung. Welches waren die Gründe, die Mitglieder und Führer zu einer Schwankung in ihrer Politik bedrogen?

Großbritannien ist seit Jahrzehnten reicher und reicher geworden. Aber der britische Arbeiter und nicht zuletzt der ungelernete sah, wie wenig von diesem gestiegenen Reichtum ihm zugute kam. Besonders für die untere Arbeiterklasse war es fast unmöglich, ein Gewerksvereinswesen aufzubauen nach dem Muster der großen Berufsvereine. Der ungelernete Arbeiter kann nicht so viel Beitrag zahlen, wie zu einem gutausgebildeten Unterstützungswesen gehört, das noch ausreichende Kampfesfonds übrig läßt. Sie bauten deshalb Gewerksvereine mit geringen Unterstühtungen für Krankheit und Arbeitslosigkeit und verpendeten die Beiträge fast nur für Kampfeszwede.

„Wann begann diese Schwankung?“

„Zuerst wohl im Jahre 1889, als der große Dokerstreik die ganze Gewerksvereinsbewegung, man kann sagen elektrifizierte und die Anregung zu einem allmählichen Wiederaufleben des alten Gewerksvereinsgeistes gab.“

„Ist diese neue Bewegung mit ihren Erfolgen zufrieden gewesen?“

„Nein, die Schwierigkeiten waren größer und die Ursachen lagen tiefer, als daß Gewerksvereine mit geringen Mitteln eine genügende Verringerung in kurzer Zeit hätten herbeiführen können. Die Verbände bleiben verhältnismäßig schwach. Aber sie leisten doch gute Vorarbeit in Bedung des Kampfesgeistes. Jetzt eben sehen sie den Seemannsstreik und die daran anschließende Bewegung der Dockarbeiter, Fuhrleute usw. Die Organisationen sind an Mitgliedern schwach, aber sie geben dem stürmischen Ausbruch der jetzigen Bewegung doch Führer und ermöglichen Erfolge, auf denen später weiter zu bauen ist.“

„Wenn ich Sie recht verstehe, wollen Sie also sagen, daß die weiteren Schritte, die der Neo-Tradeunionismus tat, besonders die aktive Beteiligung an der Politik, nur eine notwendige Folge wurden, als allein auf dem Boden des Gewerksvereins eine Reform sich als unmöglich erwies?“

„Natürlich, weil die Ursachen der schlechten Lage besonders der ungelerneten Arbeiter mit der unbefriedigenden Schulbildung in England und vielen anderen Dingen, über die nur das Parlament eine Gewalt hat, zusammenhängen, wurde es notwendig, sich des Parlaments zu bedienen. Aber ich bitte, unsere Bewegung nicht mißzuverstehen: Als Gewerksvereine beteiligen wir uns auch jetzt nicht aktiv am politischen Leben. Das heißt, wir versuchen nicht selbst Gesetze im Parlament durchzubringen. Wir beschränken uns darauf, Gesetze anzuregen und unterstützen die Partei, die uns unterstützt. Aber die praktische Arbeit überlassen wir eben dieser Partei.“

„Das ist mir unklar. Die Gewerksvereine sind eine selbständige Gruppe innerhalb der „Labour Party“, ja, sie sind das Fundament dieser Partei. Fast alle Geldmittel der Partei fließen aus Gewerksvereinstassen. Die Führer der Gewerksvereine sind fast alle Führer der „Labour Party“, die Mitglieder der Gewerksvereine sind die Wähler der „Labour Party“. Und trotzdem sollen die Gewerksvereine nicht als aktiv politisch tätig gelten?“

„Nein, antwortete Appleton lächelnd, die Sache ist ganz einfach. Die Gewerksvereine sind eine industrielle Organisation, die „Labour Party“ ist die politische Organisation. Aber beide sind selbständig in ihren besonderen Wirkungsgebieten. Die Aufgaben beider sind so verschieden und auch so umfassend, daß eine Vereinigung derselben in einer Organisation geradezu verhängnisvoll wirken müßte. Ein Gewerksverein treibt Berufspolitik, die „Labour Party“ treibt Klassenpolitik. Das erfordert schon einen völlig anderen Zuschnitt der Organisation. Gewiß haben beide Teile sehr enge Beziehungen untereinander. Wir tragen die „Labour Party“ finanziell, wofür sie im Parlament unsere Forderungen vertritt. Aber das schließt keinesfalls eine völlige Selbständigkeit beider Glieder, die arbeitend auf getrenntem Gebiet, von einem Geiste beherrscht werden, dem Volke zu dienen, durch Arbeit für die industrielle und soziale Wohlfahrt, aus. Mit guter Absicht sagte ich deshalb aber auch: Die Gewerksvereine sind industrielle Organisationen. Wir sprechen nicht mehr von Neutralität, weil dieses Wort mißverstanden wurde.“

„Der Minister der Lokalverwaltungen, John Burns, sagte mir, er sei stets eingetreten für eine Tätigkeit der Gewerksvereine auf drei Arbeitsgebieten: auf industriellem, auf kommunalem und auf politischem Gebiet. Das ist dann wohl inzwischen allgemein anerkannte Anschauung der Gewerksvereine geworden?“

„Gewiß, aber mit der bereits genannten Einschränkung. Die industrielle Betätigung übernehmen die Gewerksvereine, an ihrer Spitze der Verband, die Politik betreibt die „Labour Party“. Beide haben also getrennte Arbeitsgebiete. Die ersten betreiben die Gewerksvereinsorganisation, Streiks, Unterstützung, die letztere hat die Gesetzgebung zu machen und die parlamentarische Aktion. Gelegentlich haben beide Gruppen in Einzelheiten verschiedene Anschauungen. Aber beide arbeiten stets zusammen, wenn die Gefahr der Zeit es erfordert, oder wenn es gilt, die öffentliche Meinung für bestimmte große Fragen zu bearbeiten. In den

Stadtverwaltungen sitzen viele Arbeiter. Es hängt ganz von den örtlichen Umständen ab, ob sich an den städtischen Wahlen die Trade Councils (Erisverbände) oder die Labour Party beteiligen. Früher wurde diese Arbeit ausschließlich durch die Ortsverbände geleitet, heute sind es meist die Labour Representation Committees (Gemeinsame Stimmjöhnen der Arbeiterpartei und der Gewerksvereine), die diese Dinge bearbeiten.“

„Wie sind Sie mit den bisherigen Erfolgen dieser Arbeit zufrieden?“

„Wir haben“, sagte Appleton wie ein Mann, der alle Schwierigkeiten miterlebt, „eine Wiedererweckung der Gewerksvereine und der Gesetzgebung für soziale Maßnahmen herbeigeführt. Gewiß haben auch die alten Gewerksvereinsführer manches erreicht im Parlament für ihre Berufsgenossen, aber im ganzen gesehen, war der Fortschritt recht gering. Sie leben an der mit großen Schritten voranschreitenden sozialen Gesetzgebung die Erfolge unserer jetzigen Taktik. Ein Schritt nach dem anderen bringt unsere Ideale näher.“

„Nun bleibt aber die Tatsache noch unerklärt, daß die britischen Gewerksvereine in den letzten Jahren wenig Fortschritte gemacht haben an Mitgliederzahl?“

„Das stimmt. Ständen wir noch ganz auf dem alten Boden, so hätte der Stillstand an Mitgliederzunahme ernste Bedenken. Aber wir haben neue Ideale in uns aufgenommen, die erst nach und nach von den Massen angenommen werden. Einige lehnen auch die neuen Gedanken ab, weil sie glauben, wir marschieren zu schnell. Und wir haben nicht den mindesten Zweifel, daß in absehbarer Zeit eine neue Steigerung der Mitgliederziffern einlekt. Die stürmische Streifbewegung, die in den letzten Wochen eingelekt, hat diese Annahme bereits bestätigt. Dazu kommt ein zweites. In kaum zehn Jahren haben wir eine neue politische Partei aufgebaut, und die Leute, die das taten, waren meist die Agitatoren der Gewerksvereine, die dadurch natürlich einen Teil ihrer sonstigen Aufgaben vernachlässigen mußten. Nur ein kurzzeitiger Mann kann aber sagen, daß wir dadurch benachteiligt seien. Gelekt den Fall, wir hätten statt dessen 300 000 Mitglieder mehr. Glauben Sie, wir würden dann auch nur einen kleinen Teil der sozialpolitischen Erfolge erzielt haben, die wir nun im Begriff sind einzukleuern? Man kann eben nicht alles zu gleicher Zeit tun, und wir tun deshalb das Wichtigste. Im übrigen bitte ich Sie auch zu bedenken, daß die letzten Jahre teilweise Krisenjahre waren, mit starker Arbeitslosigkeit und geringen Verdiensten.“

„Sie haben aber gewisse innere Schwierigkeiten zu überwinden, insofern ein Teil der konservativen und liberalen Mitglieder der Gewerksvereine mit dem Anschluß an die Labour Party nicht einverstanden sind. Welche Bedeutung haben diese Differenzen?“

„Das sind vorübergehende Schwierigkeiten. Wir haben in wenigen Jahren so viel Änderungen durchgeführt, daß es wohl zu verstehen ist, wenn ein kleiner Teil der Mitglieder nicht so recht mitkommen konnte. Aber es wäre ein großer Fehler, wenn wir den als notwendig erkannten Weg deshalb verlassen wollten. Schlimmer als diese Streitigkeiten wäre es, wenn wir uns durch solche Vorgänge hin und herzerren ließen. Die Leute, die die Streitigkeiten in unseren Gewerksvereinen machen, bilden eine immer kleiner werdende Minorität und werden bald ausgestorben sein. Sie würden längst ausgestorben sein, wenn sie von augenstehenden Reaktionen nicht stets unterstützt worden wären.“

Anderthalb Stunden waren bereits vergangen bei diesem Hin- und Hergeplauder, und es wurde Zeit, daß ich den stark beschäftigt und doch stets freundlichen Mann nicht weiter aufhielt. Für die Beurteilung der Gewerkschafts- und Gewerksvereinsverhältnisse Deutschlands scheinen mir die hier von einem englischen Fachmann ausgebrochenen Gedanken nicht ohne Wert zu sein, wenn man sich bemüht bleibt, daß man englische Zustände nicht schematisch auf Deutschland übertragen kann.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 29. August 1911.

Die Frage der Errichtung von Lohnämtern für die Hausindustrie wird neuerdings wieder lebhaft erörtert. Die auch von uns übernommene Mitteilung, daß die Reichsregierung ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben habe und gegen die Errichtung von Lohnämtern keinen grundsätzlichen Widerspruch mehr erheben werde, ist von der „Kölnischen Zeitung“ als ein „Fühler“ bezeichnet worden, der lediglich mit dem Herannahen der parlamentarischen Kampagne zusammenhänge. Demgegenüber erklärt die offiziöse Korrespondenz, die zuerst obige

Nachricht gebracht hatte, daß tatsächlich die Reichsregierung ihre ablehnende Haltung gegen die Lohnkämpfer aufgegeben habe, worüber die Verbittagung des Reichstages bald völlige Klarheit bringen werde.

In das Zentralschiedsgericht für das Bau- gewerbe mußte an Stelle des ausgeschiedenen Un- parteilichen Dr. Wiedfeldt, der bekanntlich als wirtschaftlicher Berater zur japanischen Regierung berufen worden ist, ein Vertreter gewählt werden. Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe sowie die beteiligten Arbeiterorganisationen haben sich jetzt auf die Verion des Gewerbedirektors Dr. Frenner-München geeinigt, der sich auch nach längeren Verhandlungen bereit erklärt hat, den überaus verantwortungsvollen Posten zu über- nehmen. Es darf dabei darauf hingewiesen werden, daß sich noch im vorigen Jahre die Arbeit- geberorganisation der Berufung Dr. Frenners ge- genüber ablehnend verhalten hat.

Aus dem Gewerbeverein der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen — so nennt sich unser Gewerbeverein seit seinem letzten Delegiertentage — wird an alle Gewerkekollegen das drin- gende Ersuchen gerichtet, mit aller Energie in die Agitation für den Gewerbeverein einzutreten und die erteilte Aufwärtsbewegung, die sich seit eini- gen Wochen getätigt, fördern zu helfen. Es ist in letz- ter Zeit, namentlich durch die erfolgreiche Tätig- keit des Arbeitersekretariats in Frankfurt a. M., begünstigt, einige Ortsvereine, die bisher dem Bäder- bünde angegeschlossen waren, soweit aufzuklären, daß sie dort die Gesellschaft gekündigt haben und in- nerem Gewerkeverein beigetreten sind. Die Mit- glieder dieser Vereine haben endlich erkannt, welche Rolle sie bisher in der Arbeiterbewegung gespielt haben und wollen nunmehr in Reich und Glied mit uns an der wirksamen Verbesserung der Arbeits- verhältnisse mitarbeiten. Über 200 Mitglieder konnten für uns gewonnen werden, und nunmehr ist es Aufgabe der Gewerkevereinsmitglieder, gleich- viel welchem Berufe sie angehören, vor allen Dingen aber auch der Ortsverbände, für weitere Auf- klärung in den Reihen der Bäcker- und Konditoren- gebilden zu sorgen und dahin zu wirken, daß sie sich unserer Organisation anschließen. Nur so wird es möglich sein, die gelben Sumpfpflanzen im Bädergewerbe allmählich zu vernichten und damit auch geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Es darf wohl erwartet werden, daß alle Verbands- kollegen uns bei dieser Arbeit unterstützen. Niemand darf müßig die Hände in den Schoß legen, sondern ein jeder muß mitwirken an dem Ausbau und der Stärkung unseres Gewerkevereins. Agitationsmate- rial wird jederzeit gern zur Verfügung gestellt vom geschäftsführenden Ausschuß des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine, von unseren Arbeiter- sekretariats, den Ortsverbänden und dem Haupt- schriftführer, Kollegen Otto N d o l p h, Heinden- dorfer-Str. 3.

Gleichzeitig sei bemerkt, daß sich der Zen- tralarbeitsnachweis für Berlin vom 1. Ok- tober 1911 ab im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine befindet und auch außerhalb weitere Arbeitsnachweise im Entstehen begriffen sind.

Arbeiterbewegung. In Leipzig haben am vorigen Freitag Verhandlungen stattgefunden zum Zwecke der Beilegung des Konflikts in der Metall- industrie. Diese Verhandlungen sind jedoch nach kurzer Dauer abgebrochen worden, da die Vertreter der Arbeiter sich weigerten, ohne Zustimmung ihrer Kollegen bindende Erklärungen abzugeben und andererseits die Unternehmer sich nicht entschließen konnten, während der Verhandlungen die Aus- sperungsbeschlüsse für Dresden und Chemnitz zu sus- pendieren. Damit ist aber die Aussicht auf Frieden noch nicht geschwunden, sondern es ist zu erwarten, daß in dieser Woche neue Verhandlungen stattfinden. — Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Straßenbahner in Berlin hinter sich. Sie hatten Forderungen an die Direktion gestellt und waren entschlossen, bei nicht genügendem Entge- genkommen in den Ausstand zu treten. Die Direktion der Berliner Straßenbahngesellschaft hat darauf mit einer Kommission der Angestellten verhandelt und nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Die Löhne wurden durchweg erhöht. Die Höchstgehälter werden nicht mehr wie bisher nach 20, sondern schon nach 15 Jahren erreicht. Die Wartezeit der Erhältleute auf Anstellung ist von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt worden. Auch sonst wurden Erleichterungen geschaffen. In einer Verammlung der Angestellten wurden zwar die Konzeptionen von verschiedenen Seiten als zu geringfügig bezeichnet; zum Schluß aber wurde das Anerbieten der Direk-

tion mit großer Mehrheit angenommen, wodurch der drohende Streik vermieden ist. — Der Streik der Elektromonteurs in Berlin hat an Ausdehnung zugenommen, wenn auch eine Reihe von Firmen den Tarifvertrag angenommen hat. Die Mehrzahl der Unternehmer aber will von Ver- handlungen nichts wissen und droht mit der Aus- spernung. — Auch in Köln befinden sich schon seit längerer Zeit die Elektromonteurs im Kampf. Es wird versucht Arbeitswillige heran- zuziehen, was aber bisher mit neuemwertem Erfolge nicht möglich war. — In einer Lohnbewe- gung befinden sich die städtischen Arbeiter in Köln. Mit Rücksicht auf die allgemeine Ver- teuerung der Lebenshaltung verlangen sie eine Er- höhung und Regelung der Löhne, ferner die Herab- setzung der Arbeitszeit. Die städtische Verwaltung hat auf die Forderungen mit einer umfangreichen Denkschrift geantwortet, die als Unterlage bei der Beratung im Stadtparlament dienen soll. — Mit einem Erfolge für die Arbeiter hat eine Lohnbewe- gung im Glasergerber von Groß-Ber- lin geendet, indem laut Tarifvertrag die Löhne nicht unwesentlich erhöht worden sind. — Die Tachen- und Federmeißlerarbeiter in Solingen, soweit sie dem Metallarbeiterverband angehören, stehen im Streik. Zu ihrer Unterstüt- zung haben auch die Schleifer die Arbeit ein- gestellt, und auch die übrigen Arbeiter der Branche werden sich voraussichtlich der Bewegung an- schließen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juli hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zu- weilen auf der Höhe des Vormonats gehalten, einige große Gewerbe, die im diese Jahreszeit ihre stille Zeit haben, weisen einen Rückgang auf. Auf dem Kohlenmarkt trat eine gewisse Ab- schwächung hervor, da die Aufnahmefähigkeit für Kohlen der gesteigerten Förderung, welche die große Zahl der Arbeitstage des Monats zur Folge hatte, nicht ganz entsprach. Im Ober- und Niederrieschischen Kohlengebiete ließ die Beschäftigung viel zu wünschen übrig. In mittel- deutschen Braunkohlengruben ist die Lage infolge des fortwährenden Ausstehens unver- ändert. In der Textilindustrie liegen die Baumwollspinnereien sehr darnieder. Auch die Tuch- und Feinwebfabrikation hatte zum Teil sehr ungun- stigen Beschäftigungsgrad. Die Maschinenindu- strie, das Baugewerbe, die chemische Industrie hatten gut zu tun, und die elek- trische Industrie konnte wie im Vormonate flotten Beschäftigungsgrad berichten.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Juli nachgelassen. Es ergab sich am 1. August 1911 gegenüber dem 1. Juli eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Ge- meldeten von 26 768 (5722 männlichen, 21 046 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen etwas zurückgegangen, und zwar, wenn der Stand vom 1. Januar gleich 100 gesetzt wird, von 109 auf 108, beim weiblichen Geschlechte von 102 auf 101.

Über die Arbeitslosigkeit im Juli be- richten 51 Fachverbände mit 1 951 678 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,6 v. S. ar- beitslos. Ende Juli 1910 betrug die Arbeitslosen- zahl 1,9 v. S. Ende Juni d. J. 1,6 v. S.; es ist also gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung zu verzeichnen, während der Beschäftigungsgrad nach diesen Arbeitslosenziffern dem Vormonate gegen- über keine Veränderung aufweist.

Die Arbeitsnachweisziffern würden auf eine kleine Verbesserung schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Juli 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Per- sonen 111 Arbeitsgehende gegen 162 im gleichen Monate des Vorjahres und 146 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 89, 93 bzw. 85.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich der Beschäftigungsgrad im Monat Juli im allge- meinen gegenüber demselben Monat im Vorjahre leicht gehoben, im Vergleich zum Juni aber wesent- lich abgefallen. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird die Gesamtzahl des Arbeitsmarktes allgemein als günstig bezeich- net. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigerte sich in manchen Berufen erheblich, während das An- gebot nicht in dem Maße zunahm, so daß vielerorts in verschiedenen Berufen Arbeitermangel sich geltend machte. In Hessen, Hessen-Rassau und Waldeck war der Beschäftigungsgrad in der Mehr- zahl der Industrien recht gut. Die Berichte aus Bayern, Württemberg und Baden be- zeichnen die Lage des Arbeitsmarktes fast durchweg

als günstig; vielfach wird über Mangel an land- wirtschaftlichen Arbeitern und weiblichen Dienst- boten geklagt.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen betragen im Juli 149 291 837 Mark, das sind 8 798 795 Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Dies bedeutet eine Mehrerinnahme von 128 Mark oder 4,71 v. S. auf einen Kilometer.

Zur Preßdebatte über das Geheimzirkular hat das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ in seiner letzten Nummer doch noch Stellung genommen. Der sozialdemokratischen Presse, deren Kritiken „weder von Sachlichkeit noch von irgend welcher Rücksichtnahme auf die schwe- rige Position des Buchdruckerverbandes angefaßt werden“, werden gehörig die Weiten gelassen, und namentlich den „Vorwärts“-Redakteuren wird ihr Streikbruch, wenn auch in etwas verblühter Form noch einmal unter die Nase gerieben. Das „Correspondenzblatt“ gibt zu, daß seine Polemik bis- weilen scharf gewesen ist. Das erklären sich „aus den damaligen Situationen, in denen wichtige Gewerkschaftsinteressen gefährdet waren. Dies trifft insbesondere auf unsere Stellungnahme zum „Vorwärts“-Konflikt zu, wo- von sich die „Vorwärts“-Redaktion durch ein gründ- liches Studium des fraglichen Artikels leicht über- zeugen kann.“

Somit ist an dem Artikel des „Correspondenz- blatt“ der im Wortlaut veröffentlichte Protest der niederrheinischen Redaktionen interessant, in wel- chem sich die Redakteure gegen den Bericht vermah- ren, jegliche Kritik an den Maßnahmen leitender Gewerkschaftsinstanzen zu unterbinden. Das Vor- gehen von Generalkommission und Parteivorstand sei unberechtigt, im höchsten Grade illegal und er- wecke den Eindruck, daß sich der Parteivorstand in einer wenig würdigen Abhängigkeit von der Gene- ralkommission befinde. Zum Schluß erklären die Redakteure, daß sie sich solche Bevormundungsver- suche, wie sie von der Generalkommission und Par- teivorstand im vorliegenden Falle unternommen worden sind, keinesfalls gefallen lassen werden.

Vorläufig dürfte damit wohl diese Diskussion einstweilen erledigt sein. Sie wird aber sicherlich von neuem aufgenommen werden, wenn sich die im Herbst dieses Jahres tagende sozialdemokratische Pressekonferenz mit dieser Angelegenheit beschäf- tigt hat.

Auf eine Entschädigung wegen Kontraktbruches haben zwei Firmen in Barmen gegen 67 aus- ständige Metallarbeiter die Klage angebracht. Das dortige Gewerbegericht hat die Klageanträge dem Grunde, nach als gerechtfertigt erklärt und die Arbeiter verurteilt. Über die Höhe der Ent- schädigung wurde noch kein Entscheid getroffen; eine der beteiligten Firmen beziffert ihren Schaden auf nicht weniger als 25 000 Mark.

Für den Schutz des Koalitionsrechtes treten in neuerer Zeit mit erfreulicher Entschiedenheit die Stadtverwaltungen ein. Schon anlässlich der be- kannten Scheimerlaßes bayerischer Metallindustrie- ler hatten mehrere süddeutsche Stadtverwaltungen in ihre Submissionsbedingungen die Forderung aufgenommen, daß die Firmen, die Anspruch auf städtische Lieferungen erheben, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten achten müßten. Neuerdings hat auch die Stadt Mainz in die Liefe- rungsbedingungen beim Bau eines Krankenhauses den Satz aufgenommen, „daß der Unternehmer sich verpflichtet, die zwischen ihm und seinen Arbeitern zurzeit der Uebernahme der Arbeiten bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Aus- führung der Arbeiten nicht zu ungünstigen seiner Arbeiter zu verändern, sowie das Koalitionsrecht sei- ner Angestellten und Arbeiter aus beruflichen, so- zialen oder materiellen Gründen weder zu beschrän- ken noch zu beeinträchtigen.“

Wir schließen uns dem Wunsche der „Deutschen Industriebeamtenschaft“, der wir die Mitteilung entnehmen, an, daß ein ähnlich sozialer Sinn immer weitere Wurzeln in unsern Stadtverwaltungen schla- gen möge.

Das Ende einer sozialdemokratischen Verleum- dung. In unserer Nr. 39 berichteten wir über einen Terrorismusfall aus Ansbach, wo die im sozial- demokratischen Zimmerverbände organisierten Ge- hilfen unter Androhung der Arbeitsniederlegung einen Zimmermeister brieflich aufforderten, den bei ihm beschäftigten Gehilfen Bruder, der dem Gewerk- verein der Holzarbeiter angehörte, zu entlassen. Das

gleichmäßig auch, weil sich der Arbeitgeber in einer gewissen Zwangslage befindet. Als darauf von Gewerkevereinsseite in bürgerlichen Tageszeitungen dieses Gebahren der Verbändler gekennzeichnet wurde, erließ der Vorsitzende der Ansbacher Jahrestelle des Zimmererverbandes, Secht, eine öffentliche Rechtfertigungserklärung, daß der Grund der Protokollmachung nicht in der Organisationszugehörigkeit, sondern in den Charaktereigenschaften des Bruders zu suchen sei. Bruder sei ein rechtberäuflicher, selbstthätiger, für seine Mitarbeiter nur Geringfügigkeit zeigender Charakter. Darauf reichte Bruder gegen Secht die Klage ein und in der letzten Tage stattgefundenen Verhandlung, zu der Secht einen großen Zeugenapparat aufgeboten hatte, um seine Beleidigungen gegen Bruder zu beweisen, mußte er sich zu folgendem Vergleich herbeilassen: „Secht erklärt, daß er auf Grund der heutigen Hauptverhandlung sich davon überzeugt hat, daß die in seinem Artikel dem Bruder gemachten Vorwürfe und Beleidigungen unbegründet und unbegründet sind; daß er dem Bruder nicht Ehrenrühriges nachsagen kann und daß er deshalb die in seinem Artikel über Bruder gemachten Ausdrücke mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. Diese Erklärung wird auf Kosten des Privatbeteiligten Secht veröffentlicht in den beiden Ansbacher Tageszeitungen, in der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ und in dem Gewerkevereinsorgan „Die Wacht“. Secht übernimmt sämtliche Kosten und Auslagen des Prozesses.“

Damit ist gleichzeitig festgestellt, daß Bruder seiner Organisationszugehörigkeit wegen von den „Genossen“ drotlos gemacht worden ist. Oder kommt man jetzt mit neuen Ausreden?

Berufliche Solidarität und der Verleumdungsparagraph. Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Soziale Praxis“ über einen Vorgang in Metzgerkreisen, der auch für die Arbeiterklasse von gewissem Interesse ist. In einem oberpfälzischen Städtchen, das seinen Stadtarzt sehr schlecht besoldete und auf eine Erhöhung der Bezüge, insbesondere für die in der Gemeindefrankversicherung Versicherter nicht eingehen wollte, hatte dieser endlich seine Stellung gekündigt und dann seine Tätigkeit eingestellt. Die Stadtverwaltung hatte darauf unter etwas veränderten Bedingungen die Stadtarztstelle ausgeschrieben, die ein jüngerer Kollege übernahm. Dadurch zog sich dieser die Gneuerenschaft des bisherigen Stadtarztes zu, der abgelehnt von anderen Beleidigungen in einem Briefe an den Stadtmagistrat erklärte, daß er den neuen Stadtarzt nicht für einen Kollegen, noch weniger für einen anständigen Kollegen halte. Mit dem Worte „Kollege“ verbinde er eine Verächtlichkeit, die er in diesem Falle nicht für angebracht halte.

Wegen dieser Beleidigungen wurde er von dem neuen Stadtarzt verklagt, und in der Schöffengerichtssitzung traten sämtliche ärztliche „Sachverständigen“ mit den schärfsten Worten gegen den „Streitbrecher“ auf. Das Gericht sprach dann auch den Be-

klagen frei und führte in seiner Begründung u. a. aus:

Der Beklagte habe mit seiner Auslassung seine Achtung gegen den Kläger fundieren wollen, und zwar im Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Äußerungsweise. Er habe aber in Wahrung seiner Ehre gehandelt und sei hierbei nicht zu weit gegangen. Mit der Forderung um die Stadtarztstelle sei der Kläger dem Beklagten tatsächlich in den Rücken gefallen. Wenn der Kläger auch nicht Mitglied des Leipziger Verbandes (der Landesorganisation der Ärzte, D. Med.) sei, müßte doch berücksichtigt werden, daß der Beklagte zu diesem Verein gehöre. Es könne gleichgültig sein, ob die Sperrung der Stadtarztstelle berechtigt war oder nicht.

Gegen das Urteil des Schöffengerichts legte der beleidigte Arzt Berufung ein. Aber auch von der zweiten Instanz wurde der Beklagte freigesprochen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie harte Urteile häufig gegen Arbeiter gefällt werden, die in wirtschaftlichen Kampf zu einer Beleidigung sich hinreißen lassen, so müssen diese beiden Urteile unbedingt Verwunderung erregen. Namentlich muß darauf hingewiesen werden, daß nach Meinung des Gerichts die Zugehörigkeit des Beklagten zu seiner Landesorganisation berücksichtigt werden müsse. Das heißt mit anderen Worten, daß es dem „Streitbrecher“ nachteilig angerechnet wird, daß der Beklagte einer wirtschaftlichen Kampforganisation angehört, deren Zweck es ist, für ihre Mitglieder eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. In dem Kampfe der Arbeiter ist eine derartige Rücksicht noch niemals geübt worden.

Die Schmutzkonkurrenz des Arbeitnehmers bildet keinen Entlassungsgrund. Ein Unternehmer hatte einen Arbeiter wegen unanfertiger Konkurrenz entlassen, weil dieser für einen Kunden eine Reparatur zu einem sehr billigen Preise gemacht hatte, für welchen der Unternehmer es zuvor abgelehnt hatte, die Arbeit zu liefern, da er dabei nicht zurecht käme. Das Gewerbeamt Berlin erachtete trotzdem die sofortige Entlassung nicht für gerechtfertigt. In der Begründung wurde zugegeben, daß es moralisch verwerflich erscheine, wenn ein Arbeiter seinem Prinzipal dadurch Konkurrenz macht, daß er Arbeiten in eigener Regie zu einem unvernünftigen billigen Preise ausführt, für welchen sein Chef sie zu machen abgelehnt hatte. In der Gewerbeordnung aber sei ein solches Verhalten als Grund zur sofortigen Entlassung nicht angegeben. Allerdings hätte bei Fortsetzung der unanfertigen Konkurrenz trotz Verwarnung vielleicht Entlassung auf Grund des § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung (beachtliche Verweigerung der Verpflichtungen aus den Arbeitsverträgen) erfolgen können.

Verbands-Zeit.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Großwalderstraße 221-23. Mittwoch, den 30. August. Vortrag des Kollegen Lewin. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen.

Gewerkevereins-Liebertafel (S. D.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebungshunde 1, Verbandshaus, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. **2. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 Uhr Versammlung bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Kol. Gleichauf. Die neuen Statuten, Einführung der freiwilligen Beitragsstufe. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr. Mitteilungen. Vortrag des Kollegen Deibrid über: „Rebizinalverband“. Bericht von der komb. Vorstandssitzung. Bericht des Kollegen — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung Eitgerstr. 22. L.-D. dort. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung im Restaurant „Zur Hülte“, Stallgerstr. 90. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen im Vereinslokal bei Wesse, Liebestr. 16. Vortrag des Kollegen Jordan: „Die kommunale Arbeitslosenversicherung“. Bericht von der kombinierten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8-10 Uhr Zahlabend bei Arnk, Pottbusserstr. 51. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Schönhauser Allee 65. Geschäftliches. Besprechung der neuen Statuten. Bericht von der kombinierten Ausschussung. Bericht des Kollegen — **Rigdorf I.** (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Sonnabend, 2. September abds. 9 Uhr Versammlung bei Romb, Jägerstr. 77. Vortrag des Kollegen P. Jürgang: „Unser Kassenfond“. Geschäftliches.

Orts- und Bezirksversammlungen.

Cottbus (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 42. — **Dahlemburg (Balkenwirtschaftsschule).** Jeden Sonntag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Kurfürststr. 29. Sitzung. — **Eberfeld - Barmsen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Eberfeld, Zulfenstr. und Erlöngstr.-Ecke. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertretersitzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Gaaren b. Hagen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Rudewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsrat sind, je, 1. Sonntag im Monat i. Passage-Rest. Dr. Braunsstr. 1. Rat. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz. in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktsrat. — **Hersdorf (Distriktsrat).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Köln (Ortsverband).** Sonntag, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr Ortsverbandversammlung in Deuß, Restaurant Egees, Mathildenstraße. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Geschäftliches. 3. Vortrag. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Liebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und „unbesogte Mitglieder sind ortal willkommen. — **Mühlheim - Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertretersitzung im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Liebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Neff, Volkstr. 5, statt. Stimmabgabe Kollegen sind herzl. willk. — **Tegel (Distriktsrat)** für Tegel, Vorfigwalde und Reindendorf). Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Hehner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Thorn (Väder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicole, Wauerstr. 62. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine).** Liebungshunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangslebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Sonnabend, 9. September, Distriktsabend im Verkehrslokal in Jermanns Garten.

Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Gewerkeverein der Bergarbeiter (S. D.).

Ausschreibung.

Für die Bezirke Dortmund-Hamm und Oberhausen soll je ein Agitationsbeamter angeheilt werden. Als Sitz des Beamten für den Bezirk Dortmund-Hamm ist die Stadt Hamm bestimmt, für den Bezirk Oberhausen die Stadt Oberhausen. Bewerber sollen sich bis zum 9. September cr. unter Beifügung eines selbstgeschriebenen, kurzgefassten Lebenslaufes und eines Aufsatzes über: „Die Aufgaben eines Bezirksleiters“ nach hier melden.

Das Gehalt beträgt 150 M. monatlich. In den Bewerbungsschreiben sollte man auch angeben, für welchen Bezirk man sich bewirbt, bzw., ob für alle beide.

Oberhausen, Rühl, den 21. August 1911. Mühlheimerstr. 277.

Der Hauptvorstand.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Bezügearten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinsaffizierten. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandssaffizierter. Kollegen R. Brunzel, Gartenstraße 1.

Frankfurt (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung. Kartenausgabe beim Kol. R. Ham, Glogauerstr. 13.

Heckermünde und Angerend (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung. Karten hierzu in Heckermünde, b. Kollegen Heilmann, Berggarternerstr. 19; in Angerend, beim Kollegen D. H. Blohm, Karlsfelderstr. 16.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten eine Reiseunterstützung 75 Pf. bei H. B. J. Hermann, Thalstraße 36.

Bäcker und Konditoren Frankfurt a. M.

Freitag, den 1. September, nachm. 1 Uhr,

Große Versammlung

im Restaurant „Polizeipräsidium“, Heilige Kreuzgasse 32. Vortrag des Arbeitsekretärs und Stadtvorordneten J. Balzer über die neue Reichsversicherungsordnung.

Bäcker und Konditoren Hanau.

21. August nachm. 2 1/2 Uhr,

Große öffentliche Gewerkevereinsversammlung.

Vortrag des Kollegen Drewhy - Frankfurt a. M. über: Was ist und was will der Gewerkeverein der Bäcker und Konditoren? Diskussion.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstützung in dem Arbeitsekretariat Kachen, Waldbersteinweg 71.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Carl Müller, Teichgasse 3, Ecke Oberlaugasse.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachkaffee und früh Kaffee beim Verbandsaffizierter B. Romawski, Thorn, Heiligegeiststr. 7/9.

Köln und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungsorten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 113 I.

Witten. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heuchel in Stetzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbands-Kaffizierter C. Stabenow, Mühlentstr. 52.

Friedrich Raumann. Neudeutsche Wirtschaftspolitik

2. veränderte Auflage.

Broschüre (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911. Das anschaulich und feinsinnig geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftspolitik. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Gütermarkt. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftleben. Das Buch ist in dauerhaftem Einband für Gewerkevereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 M. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einbringung des Betrags an den Verbandsaffizierter R. u. d. R. Klein, Berlin N. 55, Großwalderstraße 221/23 zu richten.

Wiesbaden a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinsaffizierten. Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Hahn“, Marktplatz.